

Sparen leicht gemacht

Der Staat hat noch großes Potenzial für Einsparungen. Das belegt eine Studie, die das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut der Universität zu Köln für die „Welt am Sonntag“ erstellt hat

Von Martin Greive

BAYERNS FINANZMINISTER fand mahnende Worte. „Es wird nicht mehr möglich sein, einfach ins Blaue hinein Geld auszugeben“, sagte Georg Fahrenschon (CSU) am Mittwoch am Rande der Koalitionsverhandlungen. Die Koalition habe zu sparen, in den kommenden vier Jahren müssten 30 Milliarden Euro in den Haushalt hereingeholt werden. Manche Prognosen sind noch düsterer: Die Bundesbank zum Beispiel beziffert das strukturelle Haushaltsdefizit – also die Lücke, die unabhängig von der konjunkturellen Situation im Bundeshaushalt zwischen Ein- und Ausgaben klafft – auf derzeit sogar rund 40 Milliarden Euro.

Da die schwarz-gelbe Koalition eines ihrer zentralen Wahlversprechen einlösen und die Steuern zumindest etwas absenken muss, werden die Löcher im Bundeshaushalt nochmals etwas größer. „Steuerpolitische Beschlüsse müssten deshalb eingebettet sein in Haushaltskonsolidierung“, sagte Fahrenschon. Das klingt zwar gut, doch den Worten stehen keine klaren Bekenntnisse gegenüber, wo denn die Regierung all die fehlenden Milliarden reinholen will. In der Arbeitsverwaltung soll gespart werden, aber das war es auch schon mit klaren Ansagen. Wo also sparen?

Das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut der Universität Köln (Fifo Köln) hat für die „Welt am Sonntag“ eine Streichliste erstellt. Das Ergebnis: Wenn die Regierung zu Einschnitten bereit ist, kann sie kurzfristig 22,4 Milliarden Euro einsparen. 14,6 Milliarden würden auf den Bund entfallen, der übrige Betrag auf Länder und Gemeinden. Mittelfristig wäre gar ein zusätzliches Sparpotenzial von rund 60 Milliarden Euro drin – wenn die Staatsaktivitäten effizienter organisiert würden.

Eine andere Möglichkeit, als die Ausgaben zusammenzustreichen, hat die Regierung laut Michael Thöne, dem Geschäftsführer des Fifo Köln, derzeit nicht. „Für 2010 wären Steuererhöhungen aus konjunkturellen Gründen nicht ratsam“, sagt er. Höhere Steuern seien erst ab 2011 oder 2012 wahrscheinlich, aber auch dann dürfte immer noch Geld fehlen.

Dem Staat sind bei den Ausgaben zu einem großen Teil die Hände gebunden. In den Sparrunden der vergangenen Jahre wurden Ausgaben, die schnell und leicht zu kürzen waren, schon weitestgehend gestrichen. 328 Milliarden Euro wird der Bund 2010 ungefähr ausgeben, und in den großen Haushaltsblöcken besteht tatsächlich kaum Handlungsspielraum. 9,5 Prozent fallen allein an Zinszahlungen für die Bundesschuld an, ebenso viel für Verteidigung. Acht Prozent gehen für Verkehr und Bau drauf. Knapp die Hälfte des Gesamtetats fließt in die Bereiche Arbeit und Soziales, weitere zwei Prozent gehen an Familien. Die restlichen Posten sind eher klein.

Nach der Rasenmähermethode über alle Bereiche zu gehen und sie alle gleichmäßig zu rasieren ist wenig sinnvoll. Denn dann würde man womöglich auch Ausgaben treffen, die wachstumsfördernd sind. Forscher Thöne schlägt deshalb vor, an Subventionen und Steuerprivilegien heranzugehen.

Insgesamt listet das Fifo Köln zwei Dutzend Posten auf, deren „soziale beziehungsweise ökonomische Rechtfertigung oder Leistungsfähigkeit sehr fraglich“ sind – und die schnell gestrichen werden könnten. „Mit Ausnahme der systemwidrigen Rentengarantie schlagen wir hier keine konkreten Kürzungen bei den Sozialausgaben vor“, sagt Michael Thöne. Denn über direkte Eingriffe in die Einkommensverteilung könne nicht

nach wissenschaftlichen Kriterien befunden werden. Solche Entscheidungen seien Sache der Politik.

Den größten Batzen auf der Fifo-Liste macht das Streichen der Entfernungspauschale aus. Fiele sie weg, hätte der Staat mit einem Schlag 4,35 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Die große Koalition musste zwar bereits eine beschlossene Kürzung der sogenannten Pendlerpauschale nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zurücknehmen. Das Urteil richtete sich allerdings nicht grundsätzlich gegen eine Abschaffung, sondern lediglich gegen die Regelung, dass Fahrtkosten erst ab dem 21. Kilometer geltend gemacht werden dürfen.

Drei Milliarden Euro könnte laut dem Fifo Köln die Rücknahme der Rentengarantie bringen, zwei Milliarden die Abschaffung der Steuerbefreiung von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Eine sofortige Streichung der Steinkohlesubventionen brächte 1,9 Milliarden Euro.

Diese Punkte dürften allesamt einen Aufschrei aller möglichen Lobbygruppen nach sich ziehen. Thöne schlägt deshalb vor, sogenannte Sonnenuntergänge zu beschließen: Die Regierung legt das Auslaufen der jeweiligen Maßnahme Jahre im Voraus fest, etwa bis zum Ende der Legislaturperiode. Kommt bis dahin nicht eine unabhängige Prüfung zu dem Ergebnis, dass die Maßnahme doch nützlich ist, läuft sie wie geplant aus.

Einfacher dürfte die Abschaffung kleinerer, teilweise auch absurder Steuerbefreiungen und Subventionen sein. Beispiele sind die 80 Millionen Euro, die sich der Bund sein Branntweinmonopol jährlich kosten lässt, die 30 Millionen Euro, die der Flugzeugbau an Absatzhilfen kassiert, oder die Steuerbefreiung für Tabak-Deputierte in Höhe von sieben Millionen Euro. Das sind zwar kleine Beträge, aber Kleinvieh macht bekanntlich auch Mist. Würde die Regierung die Streichliste tatsächlich komplett umsetzen, wäre sie bei der Haushaltskonsolidierung schon einen wesentlichen Schritt weiter.

Und mittelfristig ist noch deutlich mehr drin: 60 Milliarden Euro jährlich könnte der Staat durch effizienteren Mitteleinsatz sparen, überschlägt das Fifo Köln in seiner Rechnung. Damit sind keine Kürzungen gemeint. Die staatlichen Leistungen sollen auf dem gleichen Niveau bleiben wie heute – nur dass der Fiskus dafür weniger Geld einsetzt. Bei der Verwaltung, der Armutsabsicherung, der Infrastruktur, der Schulbildung, der Gesundheit – überall gebe es noch Effizienzreserven, wenn die Regierung als Maßstab die erfolgreichsten Länder in den jeweiligen Bereichen zugrunde legte, sagt Thöne: „Selbst wenn nicht das Niveau der einzelnen Länder erreicht wird, ist das Einsparpotenzial erstaunlich.“

Beispiel öffentliche Verwaltung: Gegenüber der Schweiz, die wis-

* Schätz
wissenschaftlichen
zufolge einen s
tungsapparat ha
sche Effizienzre
zent. Umgerech
ein Einsparpote
den Euro für
Folgt Deutschla
cherung dem Be
der Staat rund
sparen. Weitere

ANZEIGE

cht

BITTE HIER STREICHEN!

MABNAHME / PROGRAMME	(Mio. Euro pro Jahr)	davon für den BUND (Mio. Euro pro Jahr)
Entfernungspauschale (komplette Streichung)*	4.350	1.850
Rücknahme der Rentengarantie*	3.000	3.000
Steuerermäßigung für Renovierungsaufwand*	3.000	1.275
Steuerbefreiung der Sonntagszuschläge u.ä.*	2.000	850
Finanzhilfen Steinkohle	1.900	1.900
Energiesteuerbefreiung für nichtenergetische Verwendung fossiler Energieträger*	1.600	1.600
Pauschalbesteuerung Privatnutzung Dienstwagen*	500	217
Herstellerprivileg Energieerzeuger*	400	400
Mineralölsteuerbefreiung Luftfahrt*	395	395
Pauschalbesteuerung Landwirtschaft*	350	185
Steuervergütung für Agrardiesel	135	135
Energiesteuerbefreiung der Binnenschifffahrt*	129	129
Zuschüsse Bundesmonopol Branntwein	80	80
Zuschüsse Filmproduktion	60	60
Energiesteuervergünstigungen für Kohle*	57	57
Absatzhilfen Flugzeugbau	30	30
Zuschüsse Schiffsbau	26	26
Steuerbefreiung Tabak-Deputate	7	7
Umsatzsteuer-Ermäßigungen für ...		
... kulturelle und unterhaltende Leistungen	1.815	960
... landwirtschaftliche Vorprodukte*	1.060	580
... internationalen Luftverkehr*	667	360
... gartenbauliche Erzeugnisse*	440	240
... Tieraufzucht*	350	190
... Kunstgegenstände, Sammlungsstücke*	67	40
	6 85	7 10 6
Summe	22.418	14.566

* Schätzung. Steuervergünstigungen können in der Regel nur geschätzt werden.

QUELLE: FINANZWISSENSCHAFTLICHES FORSCHUNGSINSTITUT AN DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN

ILLUSTRATION WELT AM SONNTAG

senschaftlichen Untersuchungen zufolge einen sehr guten Verwaltungsapparat hat, beträgt die deutsche Effizienzreserve rund 30 Prozent. Umgerechnet bedeutet dies ein Einsparpotenzial von 21 Milliarden Euro für den Steuerzahler. Folgt Deutschland in der Armutssicherung dem Beispiel Japan, könnte der Staat rund 21 Milliarden Euro sparen. Weitere vier Milliarden wä-

ren in der Infrastruktur drin, wenn Deutschland es dem Vorreiter Dänemark gleichtun würde. Etwas unklarer ist das Einsparpotenzial in den Bereichen Gesundheit und Schulbildung. Hier schwankt die Summe jeweils deutlich – zwischen drei und 21 beziehungsweise sechs und 21 Milliarden Euro.

Natürlich können solche Zahlen nur Anhaltspunkte sein. Doch dass

der deutsche Staat nicht zu den effizientesten gehört, kritisieren Ökonomen schon lange. So verteilt er zwar wie beabsichtigt von oben nach unten um – nur kostet das viel mehr, als unbedingt nötig wäre.

Dies zu ändern brauche natürlich Zeit, und der Erfolg wäre erst auf längere Zeit sichtbar, räumt Thöne ein. Dauerhaft werde die Regierung um dieses Thema aber kaum her-

umkommen. Denn die Liste der ohne Mühe und Widerstände streichbaren Budgetposten wird von Sparrunde zu Sparrunde kleiner.

WELT ONLINE

Verschuldung: So hoch stehen die EU-Staaten in der Kreide welt.de/schulden